

FERDINAND KNAUSS

Der gelähmte Westen

Chronik einer Selbstaufgabe

zu Klampen  ESSAY

Inhalt

Einleitung · 7

J. D. Vance und die Angst
vor der Freiheit der eigenen Bürger · 25

Vom Untergang des Abendlandes
zur Klimakatastrophe · 35

Der gelähmte Westen · 45

Die vermeintlich Schuldigen
am Niedergang · 55

Die Hineingeborenen –
eine Generationengeschichte des Westens · 61

Die angemähte Kontinuität und 1968 · 71

Die Neuerfindung des Westens:
Zivilgesellschaft und Habermas-Prinzip · 81

Zweierlei Demokratie · 97

Der unerhörte Ruf der Kriegsdienstverweigerer
nach Wehrhaftigkeit · 107

Das Ende der Nationen
und Normalitäten · 119

Das für die Freiheit notwendige Maß
an Konservatismus · 133

Auf dem Weg in den Bürgerkrieg? · 143

Zum Schluss:
Niedergang, nicht Untergang · 153

Literaturhinweise · 161

Einleitung

»SIND wir im Westen am Ende?« Das fragte am 28. Mai 2025 die *Zeit* auf der Titelseite, bebildert mit einer zerknitterten roten Dose, auf der statt Coca-Cola »Westen« steht. Darunter: »Demokratie, Gerechtigkeit, Wohlstand – das ist das Versprechen unserer Gesellschaft. Warum nur verliert es jetzt seine Strahlkraft?« Das sei eine der »großen Fragen unserer Zeit«, findet die Wochenzeitschrift.

Ich versuche in diesem Buch zu tun, was dem Autor der *Zeit* in seinem Artikel meiner Ansicht nach nicht überzeugend gelingt, nämlich eine fundierte Antwort auf diese tatsächlich akute und wichtige Frage unserer Epoche zu geben. Es ist eine völlig andere Antwort als die, die im Artikel so formuliert wird: »... nun treibt Donald Trump einen Keil in das Bündnis. Hat er Erfolg, ist es ein Epochenbruch, das Ende des transatlantischen Westens«. Man liest und hört es allenthalben: Trump und andere skrupellose neue, rechte, populistische Politiker und Bewegungen zerstören aus wahlweise nationalistischen und rassistischen Motiven oder kapitalistischer, klimazerstörender Raffgier rücksichts- und verantwortungslos den Westen und vor allem die Demokratie.

Natürlich stellen Trump und die sogenannten Populisten für ihre politischen Gegner eine Gefahr

dar: Sie drohen schließlich deren bisherige Machtpositionen zu übernehmen. Aber zerstören sie dadurch tatsächlich den Westen? War der Westen bis zu deren Auftreten in bester Ordnung? Oder war er nicht bereits im Niedergang begriffen? Dann wären Trump und Co. nicht die Gründe für die Krise, sondern Reaktionen auf einen Zerfallsprozess, den sie nicht zu verantworten haben.

In politischen Diskussionen, vor allem in gängigen Fernseh-Talkshows, wird Populisten üblicherweise folgender Vorwurf gemacht: Sie hätten nur allzu einfache Antworten auf komplizierte Herausforderungen parat. Der Topos von Trump und Co. als Zerstörer des Westens und der Demokratie ist aber selbst genau das: eine von durchsichtigen politischen Machtinteressen geprägte, äußerst simple, nämlich moralisierende Antwort auf eine komplizierte Frage. Eine mögliche andere Erklärung für den Verlust der »Strahlkraft« des heutigen Westens lautet: Weil jene drei Dinge, die die *Zeit* als »Versprechen unserer Gesellschaft« benennt – Demokratie, Gerechtigkeit, Wohlstand –, zwar nach wie vor in Aussicht gestellt, aber nicht mehr wirklich geliefert werden im real existierenden Westen. Und einige mindestens ebenso wichtige Produkte bisheriger westlicher Politik verloren gehen, vor allem: Heimat im Sinne historischer Verwurzelung, Freiheit und innerer Friede.

Zur schwindenden Fähigkeit, die zentralen Versprechen und politischen Bedürfnisse der Bürger

im Innern zu befriedigen, kommt bei den aktuellen politisch-intellektuellen Eliten der meisten westlichen Länder noch ein wirklichkeitsfremder Blick auf die Welt der Gegenwart, der sowohl weiche, also kulturelle Machtmittel als auch harte, militärische Mittel von vornherein unterminiert. Man wünscht sich eine Weltgemeinschaft der »regelbasierten internationalen Ordnung« (RBO), wie sie 1945 mit der UN-Charta entworfen wurde. Diese Ordnung, so universalethisch sie auf Basis der Weltkriegserfahrungen auch begründet wurde, existierte tatsächlich immer nur insofern, als die westlichen Staaten unter der Führung und dem Schutz der USA sich darüber einigen und sie durchsetzen konnten. Das gilt für internationale Ordnungen seit Anbeginn der Geschichte: Sie reichen nur so weit wie die Macht ihrer Schöpfer und Garanten oder der Wille der internationalen Akteure, sich ihr zu unterwerfen. Weil die Machtmittel und erst recht die Entschlossenheit der westlichen Staaten (mit Ausnahme der USA), diese einzusetzen, schwinden und gleichzeitig das demographische und ökonomische Gewicht nichtwestlicher Machtstaaten zunimmt, wird der von Anfang an illusorische Charakter der RBO deutlich. Dass eine Weltordnung unabhängig von Machtverhältnissen allein auf universell geteilten Werten beruhen und stabil sein kann, war stets und bleibt illusorisch. Letztlich ist das der Traum, den John Lennon 1971 in »Imagine« besang: nämlich, dass es keine Nationen oder Religionen (und auch

keinen Besitz) gibt, für die Menschen töten oder sterben sollten. Ganze Generationen von Musiklehrern und Schülern in den Ländern des Westens haben sich diesem Traum singend hingegeben: Er steht für den Wunsch nach Auflösung aller Grenzen und kulturellen oder sozialen Partikularitäten und hat die Schaffung einer vermeintlich harmonischen, friedlichen Welt zum Ziel.

Doch selbst, wenn ganze Gesellschaften und deren Regierende tatsächlich wie der träumende Lennon dementsprechend handelten, steht zu bezweifeln, ob man der allumfassende Liebe in der einen Weltgemeinschaft jemals nahekommt. Denn es gibt, wie Heinrich Popitz das treffend formuliert hat, keine »machtsterilen Verhältnisse«¹. In jeder Gruppe von Menschen und erst recht in der politischen Welt der Staaten, Nationen, Religionen gibt es meist mindestens einen, der nicht freiwillig mitmacht beim friedlichen Zusammenleben, der seine Religion oder Ideologie durchzusetzen sucht und dafür mitunter auch Gewalt einsetzt. Sofort sind alle Regeln wertlos, und alle Träume von einer globalen Harmonie platzen, wenn diese nicht selbst mit Machtmitteln (»hartem« Druck oder »weichen« Verlockungen) geschützt und durchgesetzt werden.

Dass andere Staaten und Menschen nicht so machtvorgessen und gewaltentsagend wie John

1 Heinrich Popitz, Phänomene der Macht (2. stark erw. Auflage), J. C. B. Mohr, Tübingen 1992, S. 272.

Lennon sind und sich nicht so regelaffin verhalten, wie man sie in Berlin, Paris oder Brüssel gerne hätte, ist eine Kränkung, die man dort kaum verwinden kann. Gern wird darauf mit Ignoranz und sturem Weiter-So, zum Beispiel in Sachen Entwicklungshilfe, reagiert. Die Frustration über die offenkundige Notwendigkeit einer machtbewussten Interessenpolitik jenseits der eigenen Moral gegenüber außerwestlichen Großmächten wie vor allem Russland, aber auch China und Indien, wird gegenüber dem heimischen Publikum mit dem Betonen von Werten kompensiert – eine Art Pfeifen im Walde. Dampf lässt man dagegen ab gegenüber jenen oppositionellen Kräften und Regierungen in westlichen Staaten, die aus der Reihe tanzen. Da werden dann auch neue Grenzen (zum Beispiel eine »Brandmauer«) gezogen und scharf bewacht. Die Interessen der eigenen Nation oder des Westens geraten somit gänzlich aus dem Blick.

Eine Antwort auf die Frage nach den Gründen für den Niedergang des Westens ist nicht im erratischen Agieren Trumps zu finden und nur zu einem geringen Teil in der Geopolitik und dem Erstarken nichtwestlicher Mächte. Sie erschöpft sich auch nicht in der schwindenden Aussicht, bestimmte materielle Erwartungen zu erfüllen, obwohl dieser Aspekt, wie gesagt, schon eine wichtigere Rolle spielt. Die ökonomische und demographische Stagnation und damit ein relativer Gewichtsverlust auf der Weltbühne

wäre für den Westen verkraftbar, wenn seine Staaten und Gesellschaften innerlich gefestigt und selbstbewusst wären. Aber das ist nicht der Fall.

Der Westen kann derzeit weder bei den eigenen Bürgern kreative und andere Kräfte entfesseln, noch vermag er in anderen Weltgegenden und bei Millionen Zuwanderern Achtung, Bewunderung und Nachahmungswillen zu erzeugen. Und zwar deswegen nicht, weil er lange politisch geführt und kulturell geprägt worden ist von Menschen, die ihn eigentlich selbst nicht lieben, sondern seine Geschichte für eine Aneinanderreihung von Verbrechen gegen den Rest der Menschheit halten. Diese lehnen nicht nur die abendländischen Traditionen ab, sondern haben womöglich sogar den Glauben an die eigene Legitimation verloren. Wer sich aber selbst verachtet, wird auch von anderen verachtet. Man könnte von einer »existentiellen Ermüdung« der westlichen Eliten sprechen, wie Douglas Murray in seinem glänzenden Buch »The Strange Death of Europe«.² »Geschichtsmüdigkeit« attestierte schon der deutsche Historiker Hermann Heimpel den Deutschen unter dem unmittelbaren Eindruck des Zweiten Weltkriegs.³ Man ist dann auch schnell bei Oswald Spengler, auf den wir noch kommen werden, der eine übermenschliche »Morphologie« der

2 Douglas Murray, Der Selbstmord Europas: Immigration, Identität, Islam; FinanzBuch Verlag/Edition Tichys Einblick, München 2018, S. 223 ff.

3 <https://av.tib.eu/media/11222>.

Weltgeschichte am Werke wähnte, die dem Abendland gar keine andere Wahl lasse, als unterzugehen. Oder man kann wie der Neu-Spenglerianer David Engels die ganz langen Linien der Geschichte suchen und den gegenwärtigen Westen als Endphase einer rationalistischen Antithese zur abendländisch-christlichen These der Jenseitsorientierung im Mittelalter verstehen.⁴ Solche pessimistische Geschichtsphilosophie (im Gegensatz zur optimistischen von Marx und Co.) hat ihren Reiz, und der von Engels propagierte »abendländische Patriotismus«, den er »Hesperialismus« nennt, hat meine Sympathie. Aber vor dem Sinnieren über die geschichtswirksame Transzendenz sollte die Erkenntnisuche in der zeitgeschichtlichen und gegenwärtigen Immanenz stehen. Und dazu möchte ich beitragen.

Die Selbstaufgabe des Westens hat zweifellos eine lange Vorgeschichte. Ich will mich hier nur auf die Phase der gesteigerten Intensität dieses Prozesses seit etwa 60 Jahren konzentrieren. Und dabei vor allem auf jene geistigen und politischen Kräfte blicken, die ihn angetrieben haben – es sind im wesentlichen dieselben, die jetzt den allzu offensichtlichen Verfall des Westens Trump und den »Rechten« vorwerfen. Diesen jahrzehntelangen Prozess

4 David Engels, Das Abendland verteidigen. Einführung in den Hesperialismus, Renovamen-Verlag, Bad Schmiedeberg 2025.

werde ich nicht im einzelnen nachvollziehen, aber ich werde versuchen, seine Essenz zu verdeutlichen, die sich auch an Hand eines bewusst veränderten Verständnisses von »Demokratie« zeigt.

Was macht den Westen aus?

Eine Definition für den alten, noch strahlkräftigen Westen könnte so lauten: Der Westen ist das historische Ergebnis aus der jüdischen, der griechischen, der römischen Geschichte, der Geschichte der keltischen, germanischen, slawischen und anderer Völker Europas sowie der darauf aufsetzenden Geschichte des christlichen Abendlandes, die schließlich mit der Aufklärung, den Revolutionen in Amerika und Frankreich und der Überwindung der modernen Totalitarismen zur »offenen Gesellschaft« (Karl Popper) führte und zu politischen Systemen, die der Journalist Joachim Fest so charakterisierte: »... ihr erster und oberster Grundsatz ist es gerade, keinen Glaubenssatz und keine vorgeblichen Richtigkeiten zuzulassen, sondern um des höchsten Guts überhaupt, des inneren Friedens und der Freiheit des Denkens willen, aus der großen Sache der Wahrheit, in einem Akt ernüchternder Formalisierung eine Sache der bloßen Mehrheit zu machen.«⁵

5 Joachim Fest, Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft, Siedler 1993, S. 73.

Zu dieser Geschichte gehören der jahrhundertelange Widerstreit von weltlicher und religiöser Autorität, außerdem der Widerstreit von imperialen, später universellen politischen Ambitionen und partikularen, nationalen Widerständen gegen diese. Der Nationalstaat ist als primäre Organisationsform des Zusammenlebens ein Grundpfeiler des Westens, den gerade die Vielheit seiner Nationen auszeichnet und stark macht. »Der heterogene Nationalstaat ist«, wie Ralf Dahrendorf 1994 schrieb, »eine der großen Errungenschaften der Zivilisation. Bisher zumindest ist kein anderer Rahmen gezimmert worden, in dem die Rechte aller Bürger verfasst, also formuliert und garantiert werden könnten. Das nationalstaatliche Gewaltmonopol ist Voraussetzung der Geltung, also der Einklagbarkeit und Erzwingbarkeit von Bürgerrechten. Insofern ist der heterogene Nationalstaat Bedingung der Möglichkeit der gesicherten Freiheit und ein Gut, das Liberale verteidigen müssen.«⁶

Dahrendorf war mit dieser Position damals, zwei Jahre nach dem Vertrag von Maastricht, schon in der Defensive. Und er war sich dessen bewusst, dass man »solche Sätze als schockierend empfindet«. Aber er vertrat »die Überzeugung, daß der National-

6 <https://www.merkur-zeitschrift.de/ralf-dahrendorf-die-zukunft-des-nationalstaates/>.

staat nicht nur eine Zukunft hat, sondern diese auch haben sollte.«

Die Interpretation des Westens, wie sie im heutigen Politik- und Medienbetrieb vorherrscht, setzt andere Prioritäten. Der erwähnte Beitrag in der *Zeit* ist auch dafür repräsentativ. Und bezeichnend ist dabei vor allem, was darin nicht oder nur beiläufig erwähnt wird. Der Autor folgt der Interpretation von Heinrich August Winkler (»Geschichte des Westens«, 2009), wonach die griechische Polis nicht der »erste Wertepartner des Westens« sei, weil es da Sklaverei und keine gleichen Bürgerrechte gab.

Winklers Interpretation des Westens, die auf zwei Zeitungsseiten durchaus konsistent zusammengefasst wird, ist eine, die die Gleichheit als Wert deutlich höher gewichtet als die Freiheit. Und sie sieht das mittelalterliche Christentum mit seiner Lehre der Gleichheit aller Menschen vor Gott als »Wiege des Westens«. Folgerichtig erklärt der Autor ausgerechnet Gregor VII., jenen Papst, der den Kaiser Heinrich IV. vor der Burg Canossa warten ließ, als »Aktivisten und glühenden Weltverbesserer« zu einem Ahnherrn des Westens. »Ich liebte die Gerechtigkeit und hasste das Unrecht«, sollen Gregors letzte Worte gewesen sein. Dass in ihnen vor allem Selbstgerechtigkeit mitschwingt, scheint nicht bemerkt zu werden. Es ist womöglich bereits dieselbe Selbstgerechtigkeit, die auch heutige Aktivisten und glühende Weltverbesserer erfüllt. Vielmehr beschwört der *Zeit*-Autor das »egalitäre Credo des

Westens«. Wenn er von der Freiheit des Westens schreibt, gerät sogleich eine weitere Facette in den Fokus: die Schuld des Westens ob seiner »Blutspur durch die Geschichte«: »Erfuhr der Westen seine Freiheit erst durch die Unterwerfung fremder Kulturen? Ist Unterdrückung die Kehrseite seiner Freiheit?«

Moralisches Versagen wird in dieser Argumentation zur Ursache des Niedergangs erklärt: »Es war der Vietnamkrieg, der den gelebten westlichen Traum endgültig zerstörte; (...) die Gräueltaten der U. S. Army erschütterten nicht nur die moralische Autorität der USA, sondern die des Westens insgesamt.« Trump säge, so der *Zeit*-Autor, »am Wesenskern des Westens, an der von Gregor VII. in Gang gesetzten Trennung von Kirche und Staat«, weil er angeblich »sich selbst heiligte«. Noch weitere Gründe werden ins Feld geführt: »die Dekadenzgestalt des westlichen Geistes, eine finstere Leere, die heidnische Feier der Macht«, außerdem »Amerikas autokratischer Albtraum«.

Was aber wird als Erklärung für Trumps Wahlerfolg und den der anderen angeblichen »Anti-Westler« angegeben? Die »Naturgewalt des Weltmarktes«, die der Westen vorangetrieben habe, entfesselte »eine erbarmungslose Konkurrenz, ließ Ungleichheit wachsen, Ängste wuchern, Löhne stagnieren und Vermögenssteuern sinken«. Im »neoliberalen Ambiente der Nullerjahre« hätten »Finanzjongleure« »sichere Häfen für ein steuer-

flüchtiges Kapital« gebaut, »das man zur Finanzierung nationaler Gemeinwesen dringend benötigt hätte«. Als hätten diese Staaten nicht in den vergangenen Jahren immer mehr Steuern eingenommen und trotzdem auch immer höhere Schulden angehäuft! Die Globalisierung, so der Autor in seiner zeitgeistigen Deutung der jüngeren Vergangenheit, habe ihre Feinde genährt, weil die Sozialstaaten nicht genug umverteilen konnten. Kurz gesagt: Zu wenig Sozialismus habe zu Trump und dem Erfolg der »Anti-Westler« geführt.

Und das Rezept dagegen? Mehr Sozialismus, und zwar weltweit! Der Westen »rauft sich zusammen und übt transatlantische Systemkritik«. Die *Zeit* empfiehlt tatsächlich eine Art marxistische Globalpädagogik: »Mit Marx- und Engelszungen macht er [*der Westen, F.K.*] Werbung für eine globale Reichensteuer, auch die Kleptokraten im globalen Süden müssten zahlen. Außerdem erklärt der Westen allen, die es nicht hören wollen, dass eine kollektive Klimapolitik die Freiheit nicht einschränkt, sondern dafür sorgt, dass es sie auch morgen noch gibt.« Woran die von den Grünen inspirierte Politik in Deutschland gerade scheitert, soll also der Westen als globales Heilsrezept praktizieren.

Immerhin konzidiert der Autor, dass sein Wunschscenario unrealistisch sei. Wahrscheinlicher sei, dass der »Stern des Westens« weiter sinke und »die Nationalisten an der Macht« bleiben und »den Ausstieg aus dem globalen Rattenrennen sowie ein

störungsfrei abfließendes Leben hinter Barrikaden aus Hass, Weltwut und hohen Zöllen« versprechen.

Diese Aussagen sind sicher repräsentativ für das zeitgeistige Verständnis vom »Westen«, und wie er zu sein habe, in der meinungsmachenden und politischen Klasse. Auch nach dem Ende grüner Regierungsbeteiligung und dem Beginn der Kanzlerschaft von Friedrich Merz hat sich daran allenfalls nuancenweise etwas geändert. Und Übersetzungen des *Zeit*-Artikels ins Englische, Französische und weitere Sprachen hätten sicher auch gute Publikationschancen in ähnlich angesehenen Medien anderer westlicher Staaten. Es ist eine von Schuldempfinden und Vorwürfen des Versagens gegen sich selbst beziehungsweise die eigenen Vorfahren bestimmte Sicht auf den Westen. Eine Sicht, die nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst nur randständig war, sich aber mit dem Aufstieg einer neuen postproletarischen Linken durchzusetzen begann und inzwischen dominant geworden ist. Angesichts der moralischen Egalitätsansprüche der Wächter über die von ihnen verkündeten westlichen Werte kann die Vergangenheit, selbst die jüngere, immer nur im besten Fall defizitär sein.

Was den Westen einst stark und überlebensfähig gemacht hat: nämlich die ausgeprägte Fähigkeit zur kollektiven Selbstkritik und Selbstkorrektur, ist in den vergangenen Jahrzehnten pervertiert worden und in die Selbstaufgabe umgeschlagen. Ent-

standen ist daraus das Ideal eines Westens, der sich selbst nicht mag. Ein Westen, der seinen Bürgern letztlich nichts anderes in Aussicht stellt als eine fortwährende Pflicht, die Welt zu verbessern. Und zwar, indem sie die vermeintlichen Missetaten der Vorfahren wiedergutmachen, und indem sie auf alle in Jahrhunderten angeeigneten Üblichkeiten ihres Zusammenlebens und auf ihre angeblich zu Unrecht (weil durch Ausbeutung) ererbten Privilegien zugunsten von Nichtwestlern und dem Weltklima verzichten sollen. Selbstentäußerung wird zur Pflicht erklärt.

Wer eine solche Sicht auf die eigene Gesellschaft und auf die Geschichte der eigenen Vorfahren und ihrer Kultur hat, wird wenig Motivation verspüren und noch weniger Motivation bei anderen verbreiten, diesen Westen aufrichtig zu bejahen oder zu verteidigen. Muss man sich wirklich darüber wundern, dass solch ein Westen keine »Strahlkraft« entfaltet, dass sein Stern sinkt? Warum immer mehr Menschen im Westen eher für ein »störungsfrei abfließendes Leben hinter Barrikaden aus Hass, Weltwut und hohen Zöllen« optieren?

Natürlich ist der Westen der Selbstaufgabe nicht für alle Menschen im Westen unattraktiv. Buße zu predigen, hat für die Prediger durchaus einen großen Reiz. Es bedeutet Macht über das Denken und Glauben der anderen und vor allem die Befriedigung, das Gute zu tun (genauer: das Gute von anderen tun zu lassen) und das Böse zu bekämpfen.